

ihren Ausdruck findet. Die Finanzpolitik muß zurücktreten zugunsten einer den Planaufgaben gerecht werdenden Finanzwirtschaft. Wir alle wissen, daß am Anfang des gesellschaftlichen Lebens nicht das Geld stand, sondern die Arbeit, die die erste Voraussetzung des gesamten gesellschaftlichen Lebens darstellt. Aus dieser Feststellung heraus müssen wir nun die entscheidenden Probleme unserer Volkswirtschaft in Verbindung mit den lebensnotwendigen Aufgaben, die in unserem Volkswirtschaftsplan 1949 konkretisiert sind, in den Vordergrund rücken. Das entscheidendste Problem unserer Volkswirtschaft ist bedingt durch den verbrecherischen faschistischen Krieg und der damit verbundenen Auswirkungen und Folgen für unser gesamtes Volk und der damit in Zusammenhang stehenden starken Verringerung der Arbeitsproduktivität.

Zweitens bedingt durch eine ungesunde Steigerung des Lohnniveaus. Das ist aber nur die eine Seite. Wir müssen aber erkennen, daß das Absinken der Arbeitsproduktivität nicht allein die Folge der Verringerung der physischen Arbeitsleistung ist. Die wirklichen Ursachen sind vor allem zu suchen in dem gewaltigen Mißverhältnis zwischen denjenigen Menschen, die das Arbeitsprodukt herstellen oder verarbeiten, und den übrigen in den Betrieben und in der Wirtschaft beschäftigten Menschen, mit anderen Worten, das Verhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften ist so groß, daß es, um eine Gesundung der gesamten Volkswirtschaft herbeizuführen, in schnellster Zeit grundlegend verändert werden muß.

Das ist aber nur möglich, wenn wir mit den besten Methoden die unproduktiven Kräfte in der Wirtschaft auch in der Verwaltung heranführen an wirklich echte produktive Arbeit.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, daß wir begonnen haben, einen entscheidenden Kampf zu führen um die Herabsetzung der Verwaltungskosten. Die jetzigen Verwaltungskosten im Behörden- und Verwaltungsapparat stehen in keinem Verhältnis zur Produktion. Für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit besteht der Grundsatz, wenn es wirklich den Weg des Aufstiegs gehen und nicht in fremde Abhängigkeit und Versklavung geraten will, aus eigener Kraft mehr zu produzieren, um besser leben zu können.

Wir müssen uns mit allem Ernst vor Augen führen, daß wir nur das verzehren können, was in ehrlicher, fleißiger Arbeit produziert wird. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß wir ernster noch im gesamten Behörden- und Verwaltungsapparat im Interesse umfassender finanzieller Einsparungen lernen, besser zu verwalten, einfacher zu verwalten, den Apparat zu reduzieren und in stärkerem Maße wie bisher die gesunden Kräfte des werktätigen Volkes zur Mitarbeit heranzuziehen.

Wenn wir die materielle Lebenslage unseres Volkes heben wollen, und das ist unser gemeinsamer Wille, dann ist es erforderlich, daß in Verwaltung und Wirtschaft die noch vorhandene schlechte Organisation des Arbeitsprozesses überwunden werden muß. Durch diese schlechte Organisation haben wir erhöhte Ausgaben für die Verwaltungsarbeit, und in den Betrieben sind dadurch die Kosten der Fabrikation um rund 40 v. H. gestiegen. Im Interesse des gesamten Volkes in Stadt und Land sind wir aber daran interessiert, unter allen Umständen Preiserhöhungen, die die breiten Massen unseres Volkes belasten, unter allen Umständen zu vermeiden. Darum auch der Verkauf der Produkte zu den Stopp Preisen des Jahres 1944.

Aus dieser Feststellung ergeben sich selbstverständlich Schlußfolgerungen: entweder zur Subventionierung aus Staatsmitteln oder zur Herabsetzung von Löhnen oder Preiserhöhungen auf besonderen Antrag.

Meine Damen und Herren! Wie ist die objektive Lage? Die Betriebe, die gezwungen waren, zu 1944er Preisen zu verkaufen, hatten nur einen Ausweg, den der Kredit-

beschaffung. Aber was müssen wir feststellen? Die Banken haben Kredite bewilligt, die in keinem gesunden Verhältnis zu unserer Volkswirtschaft stehen. Warum werden Sie fragen. Nun, die entscheidende Tatsache ist, diesen Krediten stehen keine realen Sachwerte gegenüber. Die reale Wahrheit ist, sie dienen tatsächlich zur Deckung eingetretener Verluste in der Volkswirtschaft. Feststellen müssen wir sogar, daß Investitionsmittel zur Erweiterung und für den Neuaufbau von Betrieben in Wirklichkeit benutzt wurden, um die Verluste aus der laufenden Produktion abzudecken. Das sind Erscheinungen, die, wenn wir sie weiter dulden würden, niemals zu einer gesunden und dem Volke dienenden realen Volkswirtschaft führen würden.

In unserer jetzigen Lage ist es selbstverständlich, daß wir nicht generell eine Beseitigung der Subventionen herbeiführen können. Wir wissen, daß wir durch die verbrecherische Spaltung Deutschlands, durch das anglo-amerikanische Monopolkapital gezwungen werden, die unter normalen Verhältnissen, das heißt wenn wir die Einheit Deutschlands und die Durchführung des Potsdamer Abkommens in Gesamtdeutschland hätten, nicht notwendig wären. Das heißt, wir müssen dazu übergehen, die Produktion in der Grundstoffindustrie gezwungenermaßen selbst zu entwickeln. Das trifft besonders für Kohle, Eisen, Stahl zu. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die gewaltigen Investitionsmittel zum Aufbau des Stahl- und Walzwerkes Riesa, an die ungeheuren Aufbauarbeiten in Gröditz, wo die Stahl- und Walzwerksarbeiter, wo die Arbeiterinnen dieser Werke mit einem fast unvorstellbaren Enthusiasmus an den Wiederaufbau ihrer dem ganzen Volke dienenden Werke herangehen, aber auch gleichzeitig sind wir gezwungen, in der Frage von Buntmetallen und auch in einigen anderen chemischen Grundstoffindustrien Mittel zu investieren. Hier müssen wir im Interesse der Aufrechterhaltung des allgemeinen Preisniveaus auch weiterhin aus Staatsmitteln subventionieren.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich dabei ausschließlich um volkseigene Betriebe. Weil dem so ist, müssen wir aber volle Klarheit in der Frage der Subventionen schaffen. Das gilt für die gesamte staatliche Verwaltung, aber auch gleichzeitig für die Vereinigungen volkseigener Betriebe sowie für jeden Leiter eines volkseigenen Betriebes selbst. Von nun an kann und darf nicht mehr die Subvention erfolgen für nachgewiesene Verluste, sondern jetzt muß der Grundsatz vorherrschen, Subventionierung für die jeweils zu produzierende Einheit. Die anderen Produktionszweige, die nicht zur Grundstoffindustrie gehören, müssen also durch Preiserhöhungen unterstützt werden. Das ist eine notwendige Maßnahme, aus der man nicht schlußfolgern darf eine Verschlechterung des Lebensindex unserer Bevölkerung. Das wäre ein falscher, ein verhängnisvoller Weg. Wir haben uns gemeinsam, d. h. das gesamte werktätige Volk in Stadt und Land, der Arbeiter an der Werkbank, der werktätige Bauer hinter seinem Pflug, der Techniker in seinem Konstruktionsbüro, der Ingenieur, der Forscher und Wissenschaftler durch die Realisierung des Volkswirtschaftsplanes 1949 die Aufgabe gestellt, unter allen Umständen die materielle Lebensbasis unseres Volkes entscheidend zu verbessern. Wir wollen dieses Ziel erreichen. Wir werden es erreichen, wenn wir unsere ganze Kraft gemeinsam einsetzen, unter allen Umständen die Senkung der Selbstkosten herbeizuführen.

Und im gleichen Zusammenhang des Kampfes um die Senkung der Selbstkosten in den volkseigenen Betrieben muß jetzt einhergehen der ernste Wille, auch in den nächsten 6 Monaten den Verwaltungsapparat in seinen Kosten ebenfalls um weitere 10 v. H. zu senken. Das ist aber nur ein Schritt. Der zweite entscheidende Schritt ist die unbedingte Hebung der Arbeitsproduktivität, die durch eine richtige Steuerpolitik zugunsten der Mehrleistung erheb-